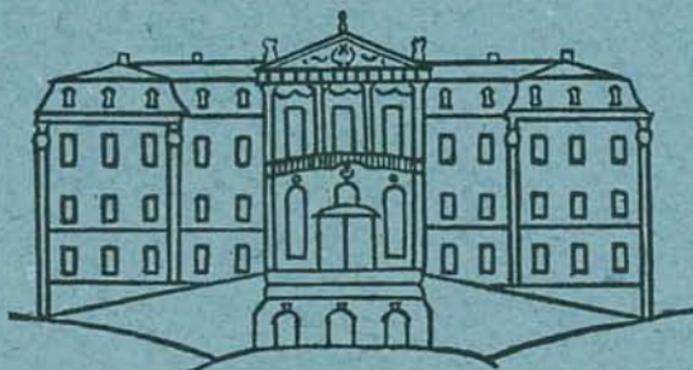


Hefte aus Burgscheidungen

Christliche Existenz im sozialistischen Staat

Zeugnisse zu Weg und Wirken von Christen
in der DDR



243

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Christliche Existenz im sozialistischen Staat

Zeugnisse zu Weg und Wirken von Christen
in der DDR

1987

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

ISSN 0440 - 5862
ISBN 3 - 372 - 00148 - 6

1. Auflage · Heft 243 · 1987
Ag-Nr. 224/68/87
702 620 8
00050

Sachlichkeit und Vertrauen im gemeinsamen Dienst für den Menschen

Presseveröffentlichung über die Begegnung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 6. März 1978

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker, empfing am 6. März 1978 den Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung seines Vorsitzenden, Bischof D. Dr. Albrecht Schönherr, zu einem Antrittsbesuch. An der Begegnung im Amtssitz des Staatsrates nahmen weiter die Mitglieder des Vorstandes Bischof Dr. Dr. Werner Krusche, Präsident Kurt Domsch, Frau Christina Schultheiß und Präses Siegfried Wahrmann teil. Ferner war der Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe, anwesend. In einem konstruktiven und freimütigen Gespräch erörterten der Vorsitzende des Staatsrates und die leitenden Persönlichkeiten der evangelischen Kirchen gemeinsam interessierende Fragen.

Erich Honecker erläuterte die auf Frieden, Sicherheit und Entspannung gerichtete Politik der DDR. Dementsprechend sei die DDR bestrebt, in brüderlicher Verbundenheit mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft konstruktiv zur Lösung der internationalen Probleme beizutragen. Besondere Bedeutung messe sie der Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki als Ganzes bei.

Erich Honecker würdigte das Friedensengagement, zu dem sich die Kirchen gemäß den christlichen Maximen der Achtung vor dem Leben und des Dienstes am Nächsten gerufen wissen. Ihr Eintreten für die Erhaltung des Friedens, für Entspannung und Völkerverständigung könne man nur mit Befriedigung aufnehmen. Insbesondere sei die große Bedeutung des Beitrags der Kirchen zur Beendigung des Wettrüstens, zum Verbot der Massenvernichtungsmittel, vor allem der Neutronenwaffe, zu unterstreichen. „Für uns und gewiß auch für Sie ist es beunruhigend“, sagte der Vorsitzende des Staatsrates, „daß trotz der Fortschritte in der Entspannung das Wettrüsten von imperialistischer Seite ständig forciert wird. Darum halten wir die bevorstehende Sondertagung der UNO über die Abrüstung für sehr wichtig. Wir denken, daß auch die Kirchen hier ein Feld weiterer aktiver Mitwirkung

sehen. Der Ruf der ganzen friedliebenden Menschheit geht nicht nach neuen Waffen, sondern nach Beendigung des Wettrüstens und nach Abrüstung.“

Der Vorsitzende des Staatsrates brachte seine Wertschätzung für die humanitäre Hilfe der Kirchen in der DDR an notleidende und um ihre Befreiung kämpfende Völker zum Ausdruck. Dadurch werde dem edlen Anliegen ein Dienst geleistet, Rassismus und Neokolonialismus aus dem Leben der Menschheit zu verbannen. Tatkräftig unterstütze die DDR den Kampf der Völker für Freiheit, Unabhängigkeit und Fortschritt, für den Aufbau ihres neuen Lebens.

Innenpolitisch verfolge die DDR unbeirrbar den Kurs des Wachstums, des Wohlstands und der Stabilität weiter. Vorrangiges Bestreben sei es, daß die Menschen unseres Landes in Frieden leben können und ihnen die Früchte ihres Fleißes sowohl in materieller als auch in kultureller Hinsicht zugutekommen. „Den Kirchen als Kirchen im Sozialismus“, so betonte Erich Honecker, „eröffnen sich heute und künftig viele Möglichkeiten des Mitwirkens an diesen zutiefst humanistischen Zielen. Wir gehen von der Beteiligung aller Bürger am Werk des Sozialismus aus, das im gesellschaftlichen wie im individuellen Interesse liegt.“ Dafür seien die Wertschätzung und großzügige Unterstützung der diakonischen Arbeit der Kirchen durch unsere staatlichen Organe ein deutlicher Ausdruck. Die Arbeit, die in kirchlichen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens geleistet werde, diene gesamtgesellschaftlichen Interessen. Sinnvoll füge sie sich in das Grundanliegen des Sozialismus ein, alles für das Wohl des Menschen zu tun. Auch weiterhin werde diese Tätigkeit materiell und durch die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte unterstützt.

An seine Erklärung am 29. Oktober 1976 vor der Volkskammer erinnernd, erklärte der Vorsitzende des Staatsrates, daß unsere sozialistische Gesellschaft jedem Bürger, unabhängig von Alter und Geschlecht, Weltanschauung und religiösem Bekenntnis, Sicherheit und Geborgenheit bietet. Sie gibt ihm eine klare Perspektive und die Möglichkeit, an der Zukunft mitzubauen, seine Fähigkeiten und Talente, seine Persönlichkeit voll zu entfalten. Wie Erich Honecker betonte, stellen die Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Bürger, ihre uneingeschränkte Einbeziehung in die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eine Norm dar, welche die zwischenmenschlichen Beziehungen prägt und für alle verbindlich ist. Dementsprechend stehe in der DDR jedem Bürger, gerade auch jedem Jugendlichen der Weg zu hoher Bildung, beruflicher Ausbildung und Entwicklung offen.

Der Vorsitzende des Staatsrates erklärte zur Situation der Kirchen und der Christen in der DDR, daß die Freiheit der Religionsausübung bei klarer Trennung von Staat und Kirche verfassungsmäßig garantiert und in der Praxis gesichert ist. „Wir bringen hier sehr viel Verständnis auf, und daran halten wir fest.“ Die weltweite Anerkennung der DDR habe den Kirchen unseres Landes eine gleichberechtigte aktive Mitarbeit in der Ökumene ermöglicht. Wohl zu schätzen wisse unser Staat die ökumenische Tätigkeit der Kirchen der DDR für Frieden, Entspannung und Völkerverständigung.

Bischof Schönherr führte namens der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR aus, „es gehe beiden Seiten, je von ihren Voraussetzungen aus, um die Verantwortung für die gleiche Welt und für den gleichen Menschen. Und dieser Mensch ist nun einmal immer zugleich Staatsbürger und Träger einer Grundüberzeugung. Weil man den Menschen nicht zerteilen kann, sind solche Begegnungen aller Art nicht nur nützlich, sondern lebensnotwendig. Und ich darf betonen, daß der Christ seine Existenz als Staatsbürger nicht nur so versteht, daß er die bestehenden Gesetze rein formal beachtet, sondern daß er sich von seinem Glauben her mitverantwortlich sowohl für das Ganze als auch für den einzelnen und für dessen Verhältnis zum Ganzen weiß.“

Bischof Schönherr bezeichnete die Kirche im Sozialismus als Kirche, die dem christlichen Bürger und der einzelnen Gemeinde hilft, daß sie einen Weg in der sozialistischen Gesellschaft in der Freiheit und Bindung des Glaubens finden und bemüht sind, das Beste für alle und für das Ganze zu suchen. Kirche im Sozialismus wäre eine Kirche, die auch als solche, in derselben Freiheit des Glaubens, bereit ist, dort, wo in unserer Gesellschaft menschliches Leben erhalten und gebessert wird, mit vollem Einsatz mitzutun und dort, wo es nötig ist, Gefahr für menschliches Leben abwenden zu helfen.

„Menschliches Leben zu erhalten – Gefahren für menschliches Leben abzuwenden: Darum geht es vor allem bei dem Hauptthema unserer Zeit: Erhaltung und Sicherung des Friedens, Abrüstung, Bereitstellung der damit freiwerdenden Potenzen für den Aufbau einer glücklicheren, reicheren, freundlicheren Welt. Dies Ziel wird nur zu erreichen sein, wenn der mühsame Weg der Entspannung mit Geduld und Zielstrebigkeit weiter verfolgt wird, der in Helsinki so verheißungsvoll begonnen hat. Der Ökumenische Rat der Kirchen hat Helsinki ein ‚Zeichen der Hoffnung‘ genannt. Es ist bekannt, daß die Kirchen in der DDR sich von Anfang an der Verwirklichung dieses hohen Zieles gewidmet haben. Sie hoffen mit aller Kraft, daß die hohen Ziele, vor allem Sicher-

heit und Gewährung der Menschenrechte als Teil der Friedenssicherung sich über Belgrad hinaus schrittweise verwirklichen.“

Abschließend äußerte er den aufrichtigen Wunsch, daß durch die Begegnungen und Gespräche zwischen Vertretern des Staates und der Kirche jenes Vertrauen wachsen kann, das die Redlichkeit des anderen nicht in Frage stellt, sondern voraussetzt. Dieses Vertrauen werde sich um so mehr durchsetzen, je mehr die entsprechenden Erfahrungen auf allen Ebenen gemacht werden. „Offenheit und Durchsichtigkeit sind das Barometer des Vertrauens. Das Verhältnis von Staat und Kirche ist so gut, wie es der einzelne christliche Bürger in seiner gesellschaftlichen Situation vor Ort erfährt.“

Im Verlaufe des Gesprächs wurden verschiedene Sachfragen erörtert bzw. einer Lösung zugeführt. So unter anderem über kirchliche Sendungen im Rundfunk und Fernsehen, zu Fragen der Seelsorge in Strafvollzugsanstalten und zur Altersversorgung für auf Lebenszeit angestellte kirchliche Mitarbeiter. Kirchlichen Aktivitäten zum Lutherjubiläumjahr 1983 wurden Unterstützungen staatlicherseits zugesichert.

Abschließend konnten beide Seiten mit Befriedigung feststellen, daß die Beziehungen der Kirchen zum Staat in den letzten Jahren zunehmend von Sachlichkeit, Vertrauen und Freimütigkeit geprägt werden.

Am Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker, mit dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik nahmen ferner teil: Paul Verner, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees, Heinz Eichler, Sekretär des Staatsrates der DDR, Rudi Bellmann, Leiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen des Zentralkomitees, und Hermann Kalb, Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen.

„Neue Zeit“ vom 7. 3. 1978

Das Beste für alle und für das Ganze suchen

Aus der Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen zum Gespräch des Vorstandes am 6. März 1978

Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR hat sich auf ihrer 54. Tagung vom 10. bis 12. März 1978 in Bad Saarow über das Gespräch berichten lassen, das am 6. März 1978 zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates der

DDR und dem Vorstand der Konferenz der Kirchenleitungen stattfand...

Die Konferenz hat den Bericht des Vorstandes zustimmend zur Kenntnis genommen und begrüßt die Ergebnisse des Gesprächs als einen wichtigen Schritt in der Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche. Der Konferenz sind folgende Punkte dieses Gesprächs besonders wichtig:

- Die Vertreter der Kirchen konnten in einem freimütigen Gespräch Anliegen vortragen, die den Dienst und die Mitverantwortung der Kirche sowohl für das Ganze als auch für den einzelnen und für dessen Verhältnis zum Ganzen betreffen.
- Der Vorsitzende des Staatsrates erklärte, daß die Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Bürger, ihre uneingeschränkte Einbeziehung in die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eine Norm darstellt, welche die zwischenmenschlichen Beziehungen prägt und für alle verbindlich ist.
- Der Vorsitzende des Staatsrates erklärte, daß in unserer Gesellschaft alle Fähigkeiten und Talente gebraucht werden und jedem Bürger, gerade auch jedem Jugendlichen, der Weg zu hoher Bildung, beruflicher Ausbildung und Entwicklung offensteht.
- Die Vertreter der Kirchen konnten Fragen des gesellschaftlichen Lebens, der Bildungs- und Kaderpolitik, Erfahrungen von Bürgern mit Staatsorganen offen zur Sprache bringen.
- Das Wirken der Kirche wurde als bedeutsamer Faktor des gesellschaftlichen Lebens gewürdigt.
- Übereinstimmend wurde die Bedeutung der Schlußakte von Helsinki unterstrichen. Der Vorsitzende des Staatsrates betonte die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki als Ganzes; Bischof D. Schönherr sprach von der Hoffnung der Kirchen, daß Sicherheit und Gewährung der Menschenrechte als Teil der Friedenssicherung sich über Belgrad hinaus schrittweise verwirklichen.

Über die Grundsatzfragen hinaus konnten einige Sachfragen verhandelt, weitere Entscheidungen mitgeteilt und Perspektiven dargestellt werden. Sie betrafen:

Kirchliche Bauvorhaben
Sendungen in Funk und Fernsehen
Lutherjubiläum 1983
Gottesdienste und Seelsorge in Strafanstalten

Altersversorgung für auf Lebenszeit angestellte kirchliche Mitarbeiter
Einfuhr kirchlicher Literatur
Kirchliche Kindergärten
Kirchliche Land- und Forstwirtschaft
Kirchliche Friedhöfe
Religiöse Feiern und Seelsorge in staatlichen Feierabend- und Pflegeheimen
Ökumenische Beziehungen der Kirchen
Altersversorgung der Ärzte in Einrichtungen der Diakonie

Welche Bedeutung das Gespräch gewinnt, muß sich im täglichen Miteinander in der Praxis jedes einzelnen Gemeindegliedes erweisen. Bischof D. Schönherr stellte fest: „Das Verhältnis von Staat und Kirche ist so gut, wie es der einzelne christliche Bürger in seiner gesellschaftlichen Situation vor Ort erfährt.“ Als Christen sollten wir solche Erfahrungen nicht nur abwarten und testen, wie andere der Verpflichtung zur Gleichberechtigung und Gleichachtung jedes Bürgers nachkommen, sondern selbst das unsere dazu tun, daß die Aussagen des Gesprächs alltägliche Wirklichkeit werden. Die Mitglieder der Konferenz der Kirchenleitungen sehen es als ihre Aufgaben an, Hilfen und Erläuterungen zur Auswertung des Gesprächs zu geben. Sie sind daran interessiert, auch die Erfahrungen kennenzulernen, die Gemeinden und Mitarbeiter machen. Das wird dazu beitragen, daß wir, Gemeinden und Kirchenleitungen, auch in dem Bemühen, das Beste für alle und für das Ganze zu suchen, gemeinsam einen Weg in der sozialistischen Gesellschaft in der Freiheit und Bindung des Glaubens finden.

Bad Saarow, den 12. März 1978

Mitteilungsblatt des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR
Nr. 3/4 vom 20. 9. 1978

Gemeinsamkeit im Gedenken an Martin Luther und bei der Gestaltung der Gegenwart

*Aus der Ansprache von Erich Honecker, Vorsitzender des Staatsrates der DDR, Vorsitzender des Martin-Luther-Komitees der DDR, bei der Konstituierung des Komitees am
13. Juni 1980*

Das gemeinsame Streben, alles Progressive in der deutschen Geschichte zu bewahren, Humanität, Frieden und Fortschritt zu verteidigen, führte in der Nacht des Hitlerfaschismus Kommunisten, Sozialdemokraten, Vertreter der christlichen

Kirchen und andere fortschrittliche Kräfte im antifaschistischen Widerstandskampf zusammen. Auch den Bekennermut, die Opferbereitschaft und den Kampf all jener schließt das Gedenken an Luther heute ein, die aus christlichem Glaubensbekenntnis gegen Krieg und faschistische Barbarei kämpften, wie Dietrich Bonhoeffer, Paul Schneider, Martin Niemöller und viele, viele andere...

Die gemeinsame Würdigung der Persönlichkeit und des Werkes Martin Luthers in unserem Staat widerspiegelt das Zusammenwirken der Bürger unseres Landes, ungeachtet ihrer Weltanschauung und Religion. An der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft arbeiten alle mit, sie liegt im Interesse aller, und ihre Ergebnisse kommen allen zugute. Eine Politik zum Wohle des Volkes, wie sie in der DDR verwirklicht wird, entspricht zugleich einem christlichen Grundanliegen. Daher findet sie auch die tatkräftige Unterstützung der christlichen Mitbürger. Das gilt insbesondere für die Anstrengungen zur Sicherung des Friedens, für die Lösung einer Aufgabe, die angesichts der komplizierter gewordenen Weltlage noch an Gewicht gewinnt.

Die Gemeinsamkeit unserer Bürger im Gedenken an Martin Luther und bei der Gestaltung der Gegenwart in Frieden und Sozialismus tritt auch in der Zusammensetzung des Martin-Luther-Komitees der DDR und seinen Aufgaben zutage. Hier wirken Angehörige der in der Nationalen Front vereinigten Parteien und Organisationen, zentraler und örtlicher Staatsorgane und Institutionen, hervorragende Wissenschaftler, Künstler, Kulturschaffende und kirchenleitende Persönlichkeiten als Vertreter des kirchlichen Luther-Komitees. Unser Komitee wird alle Aktivitäten zum 500. Geburtstag Martin Luthers in vertrauensvoller Zusammenarbeit beraten. Es wird Einfluß darauf nehmen, daß sich die Luther-Ehrung zu einer Manifestation im Geiste des Friedens, der Humanität und der Völkerverständigung gestaltet...

Von dieser Stelle aus seien alle, die sich Martin Luther verpflichtet fühlen, zur Martin-Luther-Ehrung der DDR 1983 aufgerufen. Sein Erbe liegt bei uns in zuverlässigen Händen. Mögen die Ehrungen zu seinem 500. Geburtstag, wie es der weltweiten Wirkung des Reformators entspricht, auch weltweit dem Ringen um die Bewahrung des Friedens, um das friedliche Zusammenleben der Völker und Staaten zugute kommen.

Martin Luther und unsere Zeit – Konstituierung des Martin-Luther-Komitees der DDR; Aufbau-Verlag Berlin und Weimar 1980

Sachbezogene Zusammenarbeit bei der Würdigung des Reformators

Aus der Ansprache von Landesbischof Dr. Werner Leich, Vorsitzender des kirchlichen Luther-Komitees, bei der Konstituierung des Martin-Luther-Komitees der DDR am 13. Juni 1980

Die Anwesenheit von Vertretern des kirchlichen Luther-Komitees bringt zum Ausdruck, daß wir die Würdigung Martin Luthers auch unter außerkirchlichen Gesichtspunkten für sachentsprechend halten und es begrüßen, wenn dadurch das Lebenswerk Martin Luthers nach dem gegenwärtigen Stand der Luther-Forschung in breiten Schichten unserer Gesellschaft bekanntgemacht und gewürdigt wird. Dazu wollen unsere Kirchen mit ihrer Erkenntnis beitragen. Es hat nie ein Zweifel darüber bestanden, daß das Interesse und die Verpflichtung unserer Kirchen gegenüber Martin Luther auf einer anderen Ebene liegen und daß das kirchliche Luther-Komitee einen eigenen Weg gehen und Martin Luther vor allem als Reformator der Kirche, den Diener Gottes und Prediger der frohen Botschaft von Jesus Christus sehen wird. Daß dies nebeneinander, in gegenseitiger Achtung des je eigenen Ansatzes beim Partner möglich ist und daß zugleich nicht nur wechselseitige Information, sondern auch sachbezogene Zusammenarbeit geschieht, ist aus der Sicht unserer Kirchen besonders zu vermerken.

Das am 6. März 1978 bestätigte und wegweisend beschriebene Verhältnis von Staat und Kirche bei Wahrung der Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit des Partners und der gleichzeitigen Bereitschaft zur Zusammenarbeit in Fragen, die die Partner gemeinsam betreffen, wird durch die Praxis in der Vorbereitung des 500. Geburtstages Dr. Martin Luthers erneut unterstrichen. Zwei Ausprägungen dieses Verhältnisses sind uns besonders wichtig: Leben und Werk Martin Luthers haben eine nachhaltige Breitenwirkung, die sich im Gedenkjahr noch steigern wird. Dadurch wird das Verhältnis von Staat und Kirche erneut der Bewährung durch das Nebeneinander von Marxisten und Christen in allen Bereichen und auf allen Ebenen des Zusammenlebens ausgesetzt.

Wir wünschen uns, daß die Christen in unserem Staat inmitten ihrer eigenen Lebenswirklichkeit erfahren, was durch das Luther-Komitee der DDR in der Leitungsebene angezeigt wird.

Martin Luther und unsere Zeit – Konstituierung des Martin-Luther-Komitees der DDR; Aufbau-Verlag Berlin und Weimar 1980

Hohe Anerkennung für die Arbeit des Diakonischen Werkes

Aus einem Gespräch des Ministers für Gesundheitswesen der DDR, Prof. Dr. Ludwig Mecklinger, mit dem Chefredakteur der evangelischen Monatsschrift „Standpunkt!“

Die Einrichtungen des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirchen in der DDR haben sich seit jeher verantwortungsvoll und mit großem Engagement an der Entwicklung unseres Gesundheits- und Sozialwesens beteiligt. Durch ihre vielgestaltige Mitarbeit in der medizinischen und sozialen Betreuung, insbesondere auch der Geschädigten, sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich, haben sie Anteil an dem erreichten Stand auf diesem Gebiet in der DDR.

Alle diese Aktivitäten, die im engen Zusammenwirken mit den entsprechenden staatlichen Organen zu beachtlichen Ergebnissen führten, finden die uneingeschränkte gesellschaftliche Anerkennung und staatliche Unterstützung... Aus den vielfältigen Leistungen seien hier nur einige wenige Beispiele erwähnt, wie

- das Programm zur Rekonstruktion und zur Errichtung von Pflegeheimen, Einrichtungen für förderungsfähige und mehrfachgeschädigte Kinder und Jugendliche, von Wohnheimen für psychisch Schwergeschädigte;
- die Ferienbetreuung schwer- und schwerstgeschädigter Kinder bzw. Urlaubsgestaltung psychisch Geschädigter in verschiedenen Urlaubsgebieten unserer Republik;
- die aktive und schöpferische Mitwirkung bei der Erarbeitung und Erprobung des Bildungs- und Erziehungsplanes für die Förderungseinrichtungen für schulbildungsunfähige Kinder und Jugendliche;
- die Mitarbeit bei der Berufsausbildung Schwerstgeschädigter im Marienstift in Arnstadt, im Oberlinhaus Potsdam und in den Pfeifferschen Stiftungen Magdeburg;
- nicht zuletzt auch die Aktivitäten in der Öffentlichkeitsarbeit.

Hinter allen diesen positiven Ergebnissen steht vor allem die verantwortungsvolle, uneigennütige und liebevolle Arbeit und hohe Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter der Einrichtungen des Diakonischen Werkes. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung.

„Standpunkt“ Nr. 3/1981

Christen fördern Entwicklung ihrer Kirchen als Zeugnis- und Dienstgemeinschaft

Aus dem Bericht des Hauptvorstandes an den 15. Parteitag der CDU, Dresden, 13.–15. Oktober 1982

In den zurückliegenden Jahren war das Bemühen der evangelischen Kirchen unseres Landes immer mehr davon bestimmt, ihren Standort als Kirchen in unserer sozialistischen Gesellschaft zu bestimmen und auszugestalten. Starke Impulse erfuhr dieses Bemühen durch das Gespräch vom 6. März 1978 zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honnecker, und dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR. Die dabei getroffenen Aussagen sind und bleiben von normativer Bedeutung für die Gestaltung der Beziehungen der evangelischen Kirchen zum sozialistischen Staat. Sie weisen zugleich Wege, ihr eigenes Selbstverständnis als Zeugnis- und Dienstgemeinschaft im Sozialismus immer mehr mit Leben zu erfüllen.

Diesen Prozeß weiter zu fördern, dabei auftretende Hemmnisse und Widersprüche zu überwinden — das ist ein Anliegen ungezählter christlicher Bürger in den Kirchgemeinden wie zahlreicher verantwortungsbewußter Frauen und Männer in den Leitungen der evangelischen Landeskirchen. Als wichtiger Faktor erweist sich dabei heute, kirchlichem Friedenszeugnis und christlichem Friedensdienst jene klare Richtung zu geben, wie sie auf der Moskauer Weltkonferenz von berufenen Sprechern aller Weltreligionen im Blick auf das gemeinsame Handeln aller humanistischen Kräfte beispielgebend vorgezeichnet wurde.

Das Gespräch vom 6. März 1978 hat auch den Weg der evangelischen Freikirchen und weiterer kleinerer Religionsgemeinschaften positiv beeinflußt. Ihre Leitungen und ihre Glieder haben in vielfältiger Weise durch Wort und Tat bekundet, daß sie ihren Dienst in guter Übereinstimmung mit den großen Kirchen ausrichten können.

Das Gespräch des Vorsitzenden des Staatsrates mit dem Vorsitzenden der Katholischen Bischofskonferenz in der DDR am 15. Januar 1981 hat gezeigt, daß die katholische Kirche in unserer Republik an ihrem Kurs festhält, die loyalen Beziehungen zur Staatsmacht konstruktiv auszugestalten. Zustimmung haben unsere katholischen Freunde und viele unserer Partei nahestehenden Gemeindeglieder die Erklärung ihrer Kirchenleitung aufgenommen, daß sie alle Bemühungen, die dem wahren Frieden dienen, unterstützen wolle. Das bestärkt und ermutigt sie in ihrem Friedensengagement als Staatsbür-

ger. Eine solche Haltung entspricht auch den Friedensaktivitäten des Heiligen Stuhls und den persönlichen Initiativen von Papst Johannes Paul II. für die Erhaltung des Friedens.

Je besser es gelingt, übereinstimmend mit den grundlegenden Aussagen der Gespräche vom 6. März 1978 und vom 15. Januar 1981 zu handeln, um so konstruktiver und ertragreicher wird auch jenes Verhältnis „vor Ort“ sein, das für viele Christen ein Prüfstein der Beziehungen zwischen Staat und Kirche ist. Andererseits gehen von den fruchtbaren Beziehungen zwischen Bürgergemeinde und Christengemeinde, wie sie in vielen Städten und Dörfern bereits seit langem bestehen, starke Impulse aus. Gerade auf diesem Gebiet eröffnet sich unserer Partei auch in Zukunft ein weites Feld zu segensreicher Betätigung. Das wird dazu beitragen, das Interesse kirchlicher Kreise an der Arbeit unserer Partei weiter wachsen zu lassen. Sie gewinnt an Anziehungskraft in dem Maße, wie sie christlichen Bürgern von einem klaren Standpunkt her konkrete Wege zur Mitarbeit in unserem sozialistischen Staat weist und dabei gleichzeitig beispielhaft verdeutlicht, wie christliche Demokraten schöpferischen Anteil an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft haben.

Gerald Götting, Bericht des Hauptvorstandes an den 15. Parteitag der CDU; herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU (1982)

Christen sind gleichberechtigte und gleichverpflichtete Staatsbürger

Aus dem Interview des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, für die Zeitschrift „Lutherische Monatshefte“, Hannover (Oktober 1983)

Frage: In Aufnahme humanistischer Traditionen, die auch auf Luther zurückgehen, hat die Verfassung der DDR Gewissens- und Glaubensfreiheit ausdrücklich gewährt (Art. 20). Wie reagiert ein sozialistischer Staat, wenn sich Bürger im Konfliktfall auf Gewissensfreiheit berufen?

Antwort: In der Tat gründet sich die Verfassung der DDR auf die humanistischen Traditionen der deutschen Geschichte, zu denen auch das Werk Martin Luthers zählt. Für die in unserer Verfassung verankerten hohen Prinzipien der Menschlichkeit und sozialen Gerechtigkeit haben die fortschrittlichsten Kräfte jahrhundertlang gekämpft und gelitten. Die Garantie der Glaubens- und Gewissensfreiheit gehört dazu. In unserem Land sind die Nichtdiskriminierung gläubiger Bür-

ger und ihr Recht, sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen und religiöse Handlungen auszuüben, nicht nur Verfassungsgrundsatz, sondern lebendige Praxis. Das bestätigen übrigens auch führende Repräsentanten der Kirchenleitungen der DDR.

Was den Konfliktfall betrifft, den Sie angesprochen haben, so lassen Sie mich zunächst feststellen, daß er im Alltag des Zusammenlebens und Wirkens von Marxisten und Christen die Ausnahme ist. Als Regel erweist sich das tätige und überzeugende Engagement christlicher Bürger für unsere gemeinsame Sache des Friedens und des Sozialismus. Ich möchte nochmals unterstreichen, daß die Glaubens- und Gewissensfreiheit der Bürger der DDR in jedem Fall gewährleistet wird. Natürlich sind vor dem Gesetz alle Bürger, unabhängig von ihrer Weltanschauung und Konfession, gleich. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, daß Handlungen gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit und die Freiheit der Religionsausübung bei uns strafrechtlich geahndet werden. Unter Berufung auf diese Freiheit gegen die Staats- und Rechtsordnung zu verstoßen und somit den Boden der Verfassung zu verlassen, kann von unserem sozialistischen Staat freilich nicht hingenommen werden.

Frage: Die Vereinbarungen zwischen Kirche und Staat in der DDR vom 6. März 1978 scheinen sich zu bewähren. Das dürfte nicht zuletzt das Lutherjahr gezeigt haben. Können sich die evangelischen Kirchen in der DDR auf eine Fortsetzung und Stabilisierung dieses Kurses einstellen?

Antwort: In der Tat sind mit dem Treffen vom 6. März 1978 neue Impulse für die konstruktive Gestaltung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche in der DDR eingeleitet worden. Ich teile Ihren Eindruck, daß auch die bisherige Zusammenarbeit des Martin-Luther-Komitees der DDR und des Lutherkomitees der Evangelischen Kirchen in der DDR eine Bestätigung und Bewährung der damaligen Zusammenkunft darstellt. Dabei hat sich die Kooperation der Lutherkomitees nicht nur zugunsten der beiderseitigen Vorhaben, sondern auch stabilisierend auf die Staat-Kirche-Beziehungen ausgewirkt. Ich weiß, daß die evangelischen Kirchen in der DDR am Weg des 6. März 1978 festhalten. Auch wir werden diesen Weg weiter gehen. Übrigens war das Treffen vom März 1978 keine „Sensation“, wie manche behaupten, sondern reifte in einem komplizierten Entwicklungsprozeß heran.

Durch das Treffen vom 6. März 1978 wurde die Kontinuität unserer Politik auf diesem Gebiet zum Ausdruck gebracht. Wir bleiben an Beziehungen zwischen Staat und Kirche interessiert, die offen, vertrauensvoll, verfassungsgemäß und kon-

struktiv sind. Ohne Zweifel hat der Verlauf des Jahres 1983 die Richtigkeit des März-Treffens 1978 erneut gezeigt. Von einer anders gearteten Entwicklung hätte ja niemand einen Vorteil, am wenigsten die christlichen Mitbürger, die im „Mutterland der Reformation“ in täglicher fleißiger Arbeit die sozialistische Gesellschaft mit errichten. Sie sind in unserem Lande geachtete, gleichberechtigte und gleichverpflichtete Staatsbürger. Die DDR ist für sie ihre Heimat, ihr Staat, ihr Zuhause.

Frage: Sie haben bei der Wiedereröffnung der Wartburg in diesem Jahr gesagt: „Unser sozialistischer Staat bringt den legitimen Interessen der Kirchen großes Verständnis entgegen.“ Deutet sich hier eine noch flexiblere Politik im Umgang mit den Erben Luthers an?

Antwort: Mit dem zitierten Satz habe ich unsere Position und unsere Handlungen charakterisiert. Wie ich schon sagte, sollte das Verhältnis zwischen Staat und Kirche durch offenes Gespräch, freimütige Klärung von Problemen und Bereitschaft zu konstruktiven Schritten weiter ausgestaltet werden. Wer die breiten und vielfältigen kirchlichen Wirkungsmöglichkeiten der DDR kennt, dem wird unsere verständnisvolle Haltung gegenüber den legitimen Interessen der Kirchen deutlich sein. In diesem Zusammenhang möchte ich auch an die umfangreiche, international geschätzte Produktion der kircheneigenen und anderen Verlage in der DDR erinnern, an die hochachtbare Leistung liebevoller Zuwendung zum kranken Menschen in der Diakonie, an die auf der Grundlage der Trennung von Staat und Kirche garantierte völlige Freiheit der Kirchen zur Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten, an den Zugang der Kirchen zum staatlichen Hör- und Fernsehfunk.

Das Verständnis für kirchliche Belange mehrte sich in dem Maße, wie die Kirchen ihren Standort in unserer Gesellschaft als „Kirche im Sozialismus“ beschrieben und einnahmen. Das ist ein Ergebnis der kontinuierlichen Entwicklung der Staat-Kirche-Beziehungen während vieler Jahre. Vermutlich werden Sie selbst festgestellt haben, daß die sieben Kirchentage des Jahres 1983 und andere kirchliche Veranstaltungen zum Lutherjubiläum in völliger Eigenverantwortung der Kirchen und mit einer außerordentlichen staatlichen Unterstützung durchgeführt werden. Hier hat die staatliche Seite, um es mit einem geläufigen kirchlichen Text zu sagen, viel an Vertrauen gewagt – Vertrauen zum erreichten Stand der Staat-Kirche-Beziehungen und zu den Kirchen.

„Neue Zeit“ vom 6. 10. 1983

Geschichtliche Fortschritte im Wandlungs- und Lernprozeß von Christen

Aus dem Referat Gerald Göttings auf der Tagung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU „Tradition und Verpflichtung“ am 30. März 1984

Wir konnten unseren Kirchen helfen, nachzudenken über ihr Verhältnis zur Gesellschaft und insbesondere zum Sozialismus, an dessen Gestaltung die Glieder der Kirchgemeinden aktiv beteiligt sind. Wir trugen dazu bei, Vertrauen der Kirchen und Religionsgemeinschaften zu unserem Staat zu entwickeln. Vielen kirchlichen Amtsträgern hat die aktive Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglicht, sich von Bindungen an eine Vergangenheit zu befreien, in der christlicher Glaube und verfaßte Kirchen oft genug dazu mißbraucht worden waren, die Interessen der damals herrschenden Kreise zu rechtfertigen.

Natürlich war der Abbau dieses belastenden Erbes, die Hinwendung zum gesellschaftlich Neuen kein einfacher und konfliktloser Prozeß. Mancherlei innere und äußere Probleme mußten dabei bewältigt werden. Allzu eng waren insbesondere die sogenannten Großkirchen in früheren Zeiten mit den herrschenden Gewalten verflochten gewesen, allzusehr lebten viele Christen in der herkömmlichen Vorstellung, ihre Kirche sei unauflöslich mit der bürgerlichen Ordnung verbunden, als daß es von heute auf morgen hätte gelingen können, all die Fragen zu beantworten und all die Aufgaben zu lösen, die sich in den zurückliegenden dreieinhalb Jahrzehnten für die Kirchen und für viele Christen aus dem tiefgehenden Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Lande ergeben.

Aber ungezählte christliche Bürger waren selber an diesen tiefgreifenden Umgestaltungen beteiligt und gestalteten sie durch ihre Arbeit mit. Auch in kirchlichen Kreisen gab es in all diesen Jahren immer Persönlichkeiten, die für das Neue eintraten. Teils hatten sie sich schon in der Zeit der Weimarer Republik in dieser oder jener Weise für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt engagiert, wie etwa unser Ehrenmitglied Prof. Emil Fuchs. Teils hatte sie der Kampf gegen das Naziregime dazu veranlaßt, sich noch stärker auf den eigentlichen Auftrag von Christen und Kirchen im Dienst am Volk und am Frieden zu besinnen, wie etwa unser Ehrenmitglied Landesbischof D. Moritz Mitzenheim. Teils wuchsen sie als junge Menschen in unsere werdende Gesellschaftsordnung hinein. Immer größer wurde die Zahl der Geistlichen

und Theologen, die zu der Erkenntnis fanden, daß unsere Gesellschaftsordnung und unsere Staatspolitik umfassende Möglichkeiten der Mitarbeit eröffnen.

Tradition und Verpflichtung; Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit – Maximen verantwortungsbewußten gesellschaftlichen Denkens und Handelns christlicher Demokraten; herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU (1984)

Wo Vertrauen wächst, wird dem Frieden gedient

Aus der Ansprache von Bischof Dr. Horst Gienke zur Begrüßung von Erich Honecker und Olof Palme in der St.-Marien-Kirche zu Stralsund am 30. Juni 1984

Herr Staatsratsvorsitzender! Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren!

Mit großer Freude begrüße ich Sie in unserer Stralsunder St.-Marien-Kirche, diesem einzigartigen Zeugen norddeutscher, hanseatischer Backsteingotik. Die evangelischen Christen in dieser Stadt wissen es hoch zu schätzen, daß Sie sich während dieses wichtigen Staatsbesuches Zeit nehmen für das Erleben dieses gewaltigen Raumes aus dem 14./15. Jahrhundert und für den Klang unserer herrlichen Stellwagen-Orgel aus dem 17. Jahrhundert...

Es wird Sie interessieren, daß sich vor diesem Altar Sonntag für Sonntag – und zu bestimmten Zeiten täglich – Christen dieser Stadt sammeln, um für Ihren Dienst als Politiker zu beten und Gott um den Frieden in unserer Welt zu bitten. Wir trauen diesem Gebet Großes zu, und wir möchten Sie ermutigen, Ihre Anstrengungen um die Gestaltung des Friedens zielstrebig und geduldig fortzusetzen...

Wir wissen, daß Frieden heute keine Sieger und keine Besiegten kennt, sondern nur gleiche Partner, die in gegenseitiger Achtung sich gleiche Sicherheit gewähren. Wir danken Ihnen, Herr Ministerpräsident, daß Sie das Konzept der gleichen Sicherheit für alle in die politische Diskussion gebracht haben. Wir danken Ihnen, Herr Staatsratsvorsitzender, daß Sie diese Zielvorstellung energisch aufgegriffen haben und immer neu nach konkreten Schritten bei ihrer Gestaltung suchen. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik sagt zusammen mit den Kirchen in der Welt ein klares Nein zu Geist und Logik der Abschreckung und hofft auf die Verwirklichung einer Sicherheitspartnerschaft zwischen den Völkern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und in unterschiedlichen Bündnissen. Die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit

in Europa bleibt für uns dabei ein hoffnungsvolles und ermutigendes Signal...

Wir evangelischen Christen in der DDR wissen, wovon wir reden, wenn wir Vertrauen als politischen Faktor so stark betonen. Wir haben in unserem Lande gelernt, Vertrauen zwischen Marxisten und Christen zu wagen und zu praktizieren. Wir sind mitten auf einem Weg, der uns allen neue Erkenntnisse zumutet und der gleiche Achtung auf allen Ebenen – vom Kindergarten, der Schule bis ins Altersheim – einschließt. Das macht Mühe, und wir sind nicht überall am Ziel, aber es ist ein Weg, der lohnt und auf dem wir immer neu gute Erfahrungen machen. Der Friede ist unteilbar. Wo Vertrauen wächst, wird dem Frieden gedient im großen und im kleinen. In dieser Stadt ist das erste Gemeindezentrum für einen sozialistischen Stadtteil vor nunmehr sieben Jahren entstanden, und wir danken Ihnen, Herr Generalsekretär, für Ihre Entscheidung, daß seitdem sehr selbstverständlich für die sozialistischen Stadtteile überall in unserem Land kirchliche Gebäude vorgesehen werden können.

„Neue Zeit“ vom 2. 7. 1984

Für friedliche Koexistenz zwischen den Staaten und Gesellschaftssystemen

Aus dem Diskussionsbeitrag von Konsistorialpräsident Manfred Stolpe, Stellvertreter des Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, auf der Tagung des Friedensrates der DDR am 31. August 1984

Für die evangelische Kirche ist der Weg zum Friedensengagement Teil des 35jährigen wechselseitigen Lernprozesses von Kirche und Staat im Sozialismus. In diesem Bemühen, das am 6. März 1978 sichtbaren Ausdruck fand, haben wir gelernt, Unterschiede ernst zu nehmen, andere Auffassungen zu achten und doch die gemeinsamen Aufgaben nicht zu übersehen, nämlich die Sicherung des Friedens und das Wohl der Menschen. Dieser Weg hat sich bewährt, er ist die einzig sinnvolle Richtung. Aber auch er wird sich täglich im Großen und im Kleinen bestätigen müssen. Kirche und Staat im Sozialismus, die beide ihren Aufgaben treu bleiben, können Beweis möglicher Koexistenz sein. Friedliche Koexistenz bleibt zwischen den Staaten und Gesellschaftssystemen der einzig verantwortbare modus vivendi.

Friedenskampf – nun erst recht! – Weltfriedenstag 1984 in der DDR; herausgegeben vom Friedensrat der DDR (1984)

Wir suchen das Beste für unsere Stadt Berlin!

Aus dem Beitrag von Pfarrer Helmut Orphal, Evangelische Kirchengemeinde St. Marien-Nikolai, bei der Konstituierung des Komitees der DDR zum 750jährigen Bestehen von Berlin am 7. Februar 1985

Wie die Geschichte der Stadt war auch die der Kirche wechsellvoll und spannungsreich und als menschliche Geschichte nicht frei von Widersprüchen, Irrtümern, Fehlverhalten und Mißbrauch der Religion. In jeder Epoche hat es Christen gegeben, die unter hohem persönlichen Einsatz ihren Glauben darin verwirklichten, was ein altes Prophetenwort besagt: „Sucht der Stadt Bestes!“ Wörtlich übersetzt heißt das: „Sucht den Frieden der Stadt!“ ...

Mit der Befreiung der Stadt von Faschismus und Krieg vor 40 Jahren wurde für die Kirche zusätzlich eine neue Freiheit ermöglicht. Das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche kam der fälligen Rückbesinnung auf den ursprünglichen Auftrag der Christen in der Gesellschaft zugute und trug auch zur Bildung eines selbständigen Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR bei. Die in die Neugestaltung des Zentrums einbezogene Marienkirche wurde zum Zeichen dessen, was als Selbstverständnis unseres Kirchenbundes formuliert ist, nämlich Kirche im Sozialismus. Sie steht damit zugleich für viele andere Kirchen in Stadt und Land. Die Zusammenarbeit von Christen und Bürgern anderer Weltanschauung im Aufbau des Sozialismus und in der Entwicklung unserer Gesellschaft ist alltägliche Realität. Sie fördert den Lernprozeß der Kirchen, bringt neue Erfahrungen in der Gemeinschaft und nützt der Vertrauensbildung.

„Neues Deutschland“ vom 8. 2. 1985

Tragfähige Grundsätze für vertrauensvolle Beziehungen zwischen Staat und Kirche

Aus der Presseveröffentlichung über die Begegnung Erich Honeckers mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Johannes Hempel, am 11. Februar 1985

Der freimütige und vom Geist des Verstehens getragene Gedankenaustausch diente der Bestätigung des Prozesses sachlicher, offener, konstruktiver und verfassungsgerechter Beziehungen zwischen Staat und Kirche, wie sie in der Begegnung vom 6. März 1978 einen besonderen Ausdruck gefunden ha-

ben. Einen Schwerpunkt des Gesprächs bildete die je eigene Verantwortung von Staat und Kirche für die Bewahrung des Friedens, die Verpflichtung beider Seiten für die gleichen Menschen und die gleiche Welt, für Entspannung und das Zusammenleben der Menschen in unserer Gesellschaft gemäß den Prinzipien der Gleichberechtigung, Gleichachtung und Chancengleichheit ...

In diesem Zusammenhang würdigte Erich Honecker den unverzichtbaren Einsatz der Christen und Kirchen als Teil des von allen Bürgern getragenen aktiven Wirkens des Volkes der DDR für Frieden und Entspannung in Europa und der Welt. Er hob die hohe Anerkennung hervor, die die Arbeit der christlichen Mitbürger beim Aufbau unseres sozialistischen Landes stets gefunden habe. Das gelte auch für die Friedensbemühungen der Kirchen im Lande und im internationalen Rahmen der Ökumene. Herzliche Worte des Dankes widmete er den Mitarbeitern der Diakonie ...

Erich Honecker betonte Gültigkeit und Bedeutung der in dem Treffen vom 6. März 1978 bekräftigten Grundsätze für die Gestaltung konstruktiver Beziehungen zwischen Staat und Kirche in der DDR. Diese Grundsätze hätten sich als tragfähig erwiesen und das gegenseitige Vertrauen wachsend gestärkt. Sie hätten ihre großen Möglichkeiten zu den Luther-Feierlichkeiten des Jahres 1983 erwiesen. Die Erfahrungen der letzten Jahre hätten gezeigt, daß auf dieser Grundlage anstehende wie kommende Probleme in verantwortungsvoller und konstruktiver Weise zu lösen sind.

Landesbischof Dr. Hempel nahm Bezug darauf, daß die Begegnung zwei Tage vor dem Gedenken an die Zerstörung Dresdens vor 40 Jahren stattfand, und hob hervor, daß die Friedenspolitik der Regierung der DDR und die Friedensaktivitäten in den Kirchengemeinden unseres Landes durch die Überzeugung verbunden seien, daß die Steigerung der Rüstung auf der Erde oder im Weltraum nicht zu größerer Sicherheit führe, sondern im Gegenteil uns allen schade und sich außerdem gegen das Lebensrecht der armen Völker richte. Der 40. Jahrestag der Befreiung bedeute auch für die Kirche Befreiung und Gnade des Neubeginns. „Der Ernst der weltpolitischen Lage steht uns gemeinsam vor Augen. Es darf nicht wieder Krieg geben: Das verbindet uns“, sagte der Bischof. Die Bundessynode der evangelischen Kirchen habe die Bereitschaft erklärt, alle zwischen Staat und Kirche offenen Fragen hinter der Aufgabe, den Frieden zu erhalten, zurücktreten zu lassen ...

Auf das Verhältnis von Staat und Kirche eingehend, erklärte der Bischof, daß unter den christlichen Bürgern unseres

Landes Bereitschaft, ja das Bedürfnis lebendig sei, bei den vielfältigen Aufgaben der Ausgestaltung der sozialistischen Gesellschaft verantwortlich und ihren persönlichen Gaben gemäß beteiligt zu bleiben. Seit der Begegnung vom 6. März 1978 hätten sich in bemerkenswertem Maße zwischen Staat und Kirche Beziehungen entwickelt, „die das verfassungsgemäße und bewährte Prinzip der Trennung von Staat und Kirche mit vernünftigen, konkreten Arbeitsbeziehungen auf der Grundlage wechselseitigen guten Willens und Respekts verbinden“.

Das im Gespräch am 6. März 1978 bekräftigte Prinzip der Gleichachtung und Gleichberechtigung aller Bürger, unabhängig von ihrer Weltanschauung, habe vielen christlichen Bürgern Hoffnung vermittelt. Auf der Grundlage dieses Prinzips könnten offene und ungelöste Fragen, die es noch zwischen Staat und Kirche gebe, geklärt werden. „Wir in der Kirche wünschen uns deshalb für manche Gebiete unseres gesellschaftlichen Lebens handhabbare Richtlinien für die weitere Verwirklichung von Gleichberechtigung und Gleichachtung auch christlicher Bürger“, sagte der Bischof.

Die von gutem Willen und Kontinuität geprägte Kirchenpolitik der Regierung der DDR berechtige zu der Erwartung, daß auch in Zukunft Gespräche die beste Möglichkeit bieten, Sachfragen unterschiedlichster Art einer Klärung zuzuführen. Der Landesbischof schloß seine Ausführungen mit der Versicherung: „Wir vertrauen darauf, Herr Vorsitzender des Staatsrates, daß es bei solcher Kirchenpolitik auch in der Zukunft bleibt. Vertrauen zwischen Ihnen und uns wird in dem Maße wachsen, wie es für die Menschen an der Basis erfahrbar wird.“

„Neue Zeit“ vom 12. 2. 1985

Befreit zum Dienst am Frieden und am Wohl der Menschen

Aus dem Referat Gerald Göttings auf der Tagung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU „Tradition und Verpflichtung“ am 26. Februar 1985

Alles in allem können wir mit Freude davon sprechen, daß heute Sachlichkeit und gewachsenes Vertrauen im Verhältnis der Kirchen und Religionsgemeinschaften zu unserem Staat vorherrschen. Bei den meisten kirchlichen Amtsträgern ist eine zunehmende Aufgeschlossenheit gegenüber unserer gesellschaftlichen Entwicklung, ein steigendes Verständnis für

die Politik unseres Staates zu beobachten. Dazu trägt die aufklärende Arbeit unserer Partei wie auch der anderen gesellschaftlichen Kräfte, die in der Nationalen Front zusammenwirken, in wesentlichem Maße bei...

Die Bereitschaft zu gesellschaftlicher Mitarbeit nimmt in kirchlichen Kreisen zu. Christlichen Bürgern – gleich ob Geistlichen oder Laien –, die sich für ein aktives staatsbürgerliches Engagement entscheiden, bietet die Mitgliedschaft in unserer Partei die Möglichkeit zu organisierter und wirksamer Mitarbeit an der Lösung der Aufgaben, die unsere Gesellschaft sich stellt. Die Motive zu dieser Entscheidung sind je nach der konfessionellen Bindung und dem persönlichen Entwicklungsweg des einzelnen durchaus unterschiedlich; diese Unterschiede werden in unserer Partei selbstverständlich respektiert. Sie fragt nicht nach der Zugehörigkeit zu dieser oder jener Glaubensgemeinschaft, sondern vereinigt Katholiken, Protestanten und andere Bürger, die aus christlicher Verantwortung handeln, zu gemeinsamer Aktivität für den Frieden und den weiteren Aufbau des entwickelten Sozialismus.

Existenz und Wirken der CDU berühren in keiner Weise das Amt der Kirche oder greifen gar in deren Verkündigung ein. Vielmehr verhilft die CDU christlichen Bürgern dazu, gesellschaftliche Konsequenzen aus christlicher Ethik, aus den Lehren der Geschichte und aus den aktuellen politischen Erfordernissen zu praktizieren. Sie bietet ihnen die Möglichkeit, mitverantwortlich und mitgestaltend auf das öffentliche Leben Einfluß zu nehmen und jenem Bedürfnis nach Beteiligung an der Ausgestaltung der sozialistischen Gesellschaft wirksam nachzukommen, von dem Bischof Dr. Hempel in der Begegnung vom 11. Februar sprach. Darin liegt der Sinn der Mitgliedschaft in unserer Partei, darin liegt ihr Nutzen für die Gesellschaft und für den einzelnen. Wie vielfältig die Möglichkeiten sind, in gesellschaftlichen Belangen mitzusprechen und mitzuberaten, mitzuentcheiden und mitzuarbeiten, wissen Zehntausende Unionsfreunde – darunter auch viele kirchliche Amtsträger – aus eigener Erfahrung als Volksvertreter, als Mitglieder von Ausschüssen der Nationalen Front, als Mitarbeiter gesellschaftlicher Organisationen und in vielen anderen Ehrenämtern.

Tradition und Verpflichtung; Sieg über den Faschismus – Befreiung zum Dienst an Frieden und sozialer Gerechtigkeit; herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU (1985)

Rentenversorgung der Diakonissen – Ausdruck für die Wertschätzung der Diakonie

Eine Vereinbarung über die Rentenversorgung der Diakonissen der evangelischen Mutterhäuser und Diakoniewerke in der DDR wurde am Freitag (1. 3. 1985) in Berlin zwischen dem Staatssekretariat für Arbeit und Löhne und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR abgeschlossen . . .

Der Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, hob hervor, daß diese neue Vereinbarung eine Maßnahme unter vielen sei, die in der Zeit seit dem Treffen des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, und dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 6. März 1978 erzielt wurden. Das sei nur möglich aufgrund eines wachsenden vertrauensvollen und konstruktiven Verhältnisses zwischen Staat und Kirchen. Er wies auf die jüngste Begegnung zwischen Erich Honecker und Landesbischof Dr. Hempel hin, in der die Grundsätze des Treffens vom 6. März 1978 durch den Vorsitzenden des Staatsrates bekräftigt wurden und in dem dieser zugleich die hohe Anerkennung für die Arbeit der christlichen Mitbürger beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft hervorgehoben habe. Dabei hatte der Staatsratsvorsitzende die Wertschätzung des Staates für den aufopferungsvollen Dienst der Diakonissen im kirchlichen Gesundheitswesen hervorgehoben, insbesondere die Pflege für Kranke, Alte und Geschädigte.

Landesbischof Dr. Hempel wertete die Vereinbarung als großzügiges Entgegenkommen des Staates. Er sagte, daß die Beziehungen zwischen Staat und evangelischen Kirchen in der DDR von intensiven Bemühungen um Kontinuität charakterisiert sind, wie sie beim Treffen mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker, am 11. Februar 1985 erneut hervorgehoben wurden. Er bezeichnete die Rentenvereinbarung als einen besonderen Ausdruck für die Wertschätzung der Diakonie durch den Staat.

Oberin Anneliese Dietrich, stellvertretende Vorsitzende der Konferenz der Mutterhäuser Kaiserswerther Prägung und Oberin der Diakonissenanstalt Dresden, dankte im Namen aller Diakonissen für die Vereinbarung und führte aus: „Wir freuen uns von Herzen darüber. Wir sehen darin eine Anerkennung und Würdigung unserer jahrzehntelangen Arbeit im Gesundheits- und Sozialwesen unseres Staates.“ Sie versicherte, daß sie auch in Zukunft mit ihrer ganzen Kraft für die Kranken sowie Hilfs- und Pflegebedürftigen da sein werden, wie es der christliche Glaube gebiete.

„Neue Zeit“ vom 2. 3. 1985

Medizinische Ausbildung für den Dienst im konfessionellen Gesundheitswesen

Die 1975 zwischen Staat und Kirche in der DDR abgeschlossene Vereinbarung über die Ausbildung mittlerer medizinischer Fachkräfte für eine Tätigkeit in konfessionellen Einrichtungen des Gesundheitswesens ist von beiden Seiten gleichermaßen als ein Übereinkommen gewürdigt worden, das sich bewährt hat und den hohen Stand der Zusammenarbeit und gemeinsamen Verantwortung im Dienst für den kranken und leidenden Mitmenschen kennzeichnet. Bei einer Festveranstaltung im Krankenhaus der Evangelisch-Lutherischen Diakonissenanstalt in Dresden, zu der das Diakonische Werk der Evangelischen Kirchen in der DDR anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Vereinbarung eingeladen hatte, sprachen der Minister für Gesundheitswesen, Professor Dr. Ludwig Mecklinger, der Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, der Vorsitzende der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen und sächsische Landesbischof, Dr. Johannes Hempel, sowie der Direktor des Diakonischen Werkes, Oberkirchenrat Dr. Ernst Petzold.

In den vergangenen zehn Jahren sind bei den evangelischen Krankenhäusern etwa 5 500 junge Menschen durch diese Ausbildung gegangen (außerdem konnten 1 247 junge Menschen zu einem Direktstudium entsandt werden). Jährlich stehen in den evangelischen Einrichtungen 372 und in den katholischen Einrichtungen 240 Plätze dieses dreijährigen Fachschulstudiums zur Verfügung. Das sind knapp 15 Prozent der für diese Berufe insgesamt in der DDR jährlich an Medizinischen Fachschulen Studierenden.

Staatssekretär Gysi sagte bei der Festveranstaltung, die Ausbildungsvereinbarung biete auch für die Zukunft die solide Basis einer derartigen qualifizierten Ausbildung zu einem Dienst, der in seiner Zuwendung zu den Kranken, Behinderten und Hilfebedürftigen, zu den Müttern und Kindern etwas von Zeugnis und Dienst einer Kirche im Sozialismus sichtbar mache und von der Staatsführung hoch anerkannt und geschätzt werde. Die christliche Prägung der Ausbildung in den konfessionellen Häusern sei in den zehn Jahren stets geachtet und berücksichtigt worden; „dabei wird es auch bleiben“. Mit herzlichen Worten dankte der Staatssekretär den Lehrkräften und den Studenten sowie allen Mitarbeitern im konfessionellen Gesundheitswesen für ihren Einsatz.

Landesbischof Hempel äußerte, daß die Vereinbarung von 1975 eine Anerkennung für die bis dahin von den Evangelischen Krankenpflegesschulen geleistete Arbeit bedeutete und

ein Schritt war, um die Lebens- und Dienstfähigkeit der konfessionellen Gesundheitseinrichtungen für die Zukunft zu gewährleisten. Auch Minister Mecklinger bekundete Respekt und Dank für die in den diakonischen Einrichtungen „verantwortungsbewußt, aufopferungsvoll und erfolgreich geleistete Arbeit“. Oberkirchenrat Petzold versicherte in seiner Ansprache, die evangelische Diakonie bleibe auch in Zukunft bemüht, ihre mit den staatlichen medizinischen Fachschulen gemeinsam durchgeführte Ausbildungstätigkeit in guter Zusammenarbeit fortzusetzen.

„Die Kirche“ vom 30. 5. 1985

Erkenntnisse unserer Partei gaben und geben vielen Christen Anstöße

Aus der Ansprache des Vorsitzenden der CDU, Gerald Götting, auf der Festveranstaltung zum 40. Gründungstag der Partei am 24. Juni 1985

Die Freiheit eines Christenmenschen besteht darin, für andere dazusein, für das Gemeinwohl zu wirken und dem Frieden zu dienen — und zwar so sachkundig wie möglich. Wir freuen uns darüber, daß in dieser Erkenntnis maßgebliche kirchliche Kreise in unserer Republik heute weitgehend mit uns übereinstimmen...

Die Aufgaben einer politischen Partei wie der CDU unterscheiden sich von denen der Kirchen. Wir respektieren das Selbstverständnis der Kirchen. Wir schätzen ihre Arbeit, die sie in vielfältiger Weise leisten, um dem Frieden und dem Wohl des Menschen zu dienen oder andere Völker im Kampf um ihre Unabhängigkeit zu unterstützen. Wir danken unseren Freunden und allen, die in dieser Arbeit stehen. Mit besonderer Hochachtung würdigen wir die aufopfernde Fürsorge, die in den Einrichtungen der kirchlichen Diakonie Kranken, alten oder behinderten Mitmenschen zuteil wird. Niemand kann und will die Unterschiede im Aufgabenfeld der Kirchen und unserer Partei verwischen. Aber im Wirken für den Frieden und für das Wohlergehen der Menschen gibt es vieles, was uns miteinander verbindet. Wir freuen uns darüber, daß viele Theologen und kirchliche Amtsträger in unserer Partei ihre gesellschaftliche Heimat gefunden haben, und wir danken ihnen für ihre Mitarbeit. Wir achten den Umstand, daß die Motive für eine solche Mitarbeit recht mannigfaltig sind, je nach dem theologischen oder konfessionellen Selbstver-

ständnis des einzelnen und seiner Kirche oder Glaubensgemeinschaft.

Über alle derartigen Unterschiede hinweg bietet unsere Partei christlichen Bürgern, die den Sozialismus mitgestalten wollen, die Möglichkeit zu bewußter, organisierter und ergebnreicher Mitarbeit im gesellschaftlichen Bereich. Sie tun das entsprechend den Beschlüssen unserer Partei, mit Sachverstand und in Verantwortung für die Zukunft unseres Landes. Die Erkenntnisse, die sie dabei gewinnen, werden auch in kirchlichen Kreisen immer mehr als Denkanstoß begrüßt und als Hilfe in jenem Lernprozeß genutzt, von dem in den Kirchen die Rede ist. Auch für die Zukunft stehen unsere Erfahrungen aus der Arbeit für den Frieden, für das Wohl des Volkes zur Verfügung.

40 Jahre CDU 1945–1985; herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU (1985)

Vertrauensvolle Zusammenarbeit im Bündnis

Aus der Grußansprache von Joachim Herrmann, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, auf der Festveranstaltung zum 40. Jahrestag der Gründung der CDU am 24. Juni 1985

Wenn wir in der Deutschen Demokratischen Republik ein sachliches konstruktives Verhältnis zwischen Staat und Kirche verzeichnen können, so spiegelt sich darin auch das ständige Bemühen der CDU, ungezählten parteilosen Christen zu helfen, ihrerseits und im eigenen Interesse die sozialistische Gegenwart und Zukunft zu bejahen.

Bereits vor Jahrzehnten haben Sie, die fortschrittlichen christlichen Demokraten, alle Hoffnungen reaktionärer Kräfte beendet, aus dem weltanschaulichen Unterschied zwischen Christen und Marxisten einen politischen Gegensatz formen zu wollen. Erwiesen wurde vielmehr durch unsere Wirklichkeit und durch unser Bündnis, daß sich auf der Grundlage sozialistischer Produktions-, Gesellschafts- und Machtverhältnisse die Eigenart und Eigenständigkeit des Wirkens christlicher Bürger wie ihrer politischen Partei umfassend entfalten und ausgezeichnet zur Geltung gelangen können.

Auch und erst recht künftig achten wir Christen sehr hoch, die mit uns und allen anderen politischen Kräften „für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes und für den Frieden der Welt“ wirken, wie es in der Satzung Ihrer Partei heißt. Auch und erst recht künftig braucht unsere Republik

eine politische Partei christlicher Bürger, die sich als Partei des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus versteht und um der Sache willen immer aufs neue bewährt.

Was christliche Bürger aus ihrer Motivation in unser gemeinsames Werk einbringen, wird auch weiterhin unverzichtbar in dem materiellen und kulturellen Reichtum der sozialistischen Gesellschaft, in ihren geistigen Werten und ethischen Normen seinen Niederschlag finden.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Bündnispartnern, ihre Gleichberechtigung am Mitarbeiten, Mitplanen und Mitregieren unseres sozialistischen Staates – das ist und bleibt unverrückbarer Grundsatz der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Diese unsere Gemeinsamkeit immer enger, fester und vertrauensvoller zu gestalten, empfinden wir wie Sie als ständige Verpflichtung.

40 Jahre CDU 1945–1985; herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU (1985)

Das Erbe der Hugenotten bewahrt und weitergeführt

Besuch der Französischen Friedrichstadtkirche durch Gerald Götting

Aus Anlaß des Gedenkens an das vor 300 Jahren erlassene Edikt von Potsdam stattete der Vorsitzende der CDU, Gerald Götting, begleitet von Mitgliedern des Sekretariats des Hauptvorstandes, am Montag (4. 11. 1985) der Französischen Friedrichstadtkirche einen Besuch ab und besichtigte dabei das Hugenottenmuseum.

Der Pfarrer der Französisch-reformierten Gemeinde, Friedrich Welge, hob in seinen herzlichen Grußworten die sich gerade im Jubiläumsjahr der Hugenotten darstellende gute Nachbarschaft des Französischen Doms und des Hauses des Hauptvorstandes der CDU am Platz der Akademie hervor. Dankbar verwies er auf die staatliche Unterstützung beim Wiederaufbau der Friedrichstadtkirche und auf die großen staatlichen Leistungen bei der Wiederherstellung des Französischen Doms. Das komme der Kirchgemeinde wie den ökumenischen Begegnungen in der Friedrichstadtkirche zugute und sei ein Zeichen für Ort und Perspektive der Kirchen in unserem Staat.

Gerald Götting würdigte die humanistischen Leistungen, die von Gliedern der Hugenottengemeinde hervorgebracht worden sind und die einen bedeutenden Beitrag zum wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt in Brandenburg-

Preußen darstellten. Die Geschichte der Glaubensflüchtlinge verdeutliche, wie eng die Berliner Lokal- und die brandenburgische Regionalgeschichte mit der nationalen und internationalen Entwicklung verbunden ist. Ebenso mache diese Tatsache sichtbar, daß die Kirchengeschichte vielfältig mit der Profangeschichte, mit sozialökonomischen, politischen und geistigen Prozessen in der Gesellschaft verflochten ist. „Das Erbe der Hugenotten steht in der progressiven Traditionslinie christlichen Denkens und Handelns in unserer sozialistischen Gesellschaft. Hier wird es bewahrt und auf höherer Ebene fortgeführt“, erklärte der Vorsitzende der CDU. „Das erweist sich auch im Wiederaufbau der Friedrichstadtkirche.“ ...

Der Vorsitzende des Reformierten Generalkonvents in der DDR, Pfarrer Horst Greulich, überbrachte die Grüße des zur Zeit in Berlin-Köpenick tagenden Konvents. In herzlichen Worten dankte er dem CDU-Vorsitzenden und dessen Begleitung für ihren Besuch und wertete ihn als ein gutes Zeichen der Verbundenheit mit den Reformierten in der DDR, die „in diesem Land fleißig an Kunst, Wirtschaft und Wissenschaft mitgearbeitet haben und es heute in der sozialistischen Gesellschaft der DDR tun“.

„Unsere Vorfahren haben viel Leid, Terror und Intoleranz in ihrer Geschichte erfahren“, führte Pfarrer Greulich aus. „Dies hat sie dazu geführt, daß sie immer einen wachen Blick hatten dafür, wo Leid und Intoleranz geschahen, und wir haben von ihnen diese evangelische Tugend gelernt. Damit nicht noch größeres Leid über diese Welt kommt, haben wir Reformierte in der DDR ein klares Nein zu allen ABC-Waffen ohne jedes Ja gesprochen und uns für die Einberufung eines Konzils des Friedens eingesetzt, das ein klares, eindeutiges Wort zum Frieden sagt, und zugleich dabei unsere Meinung klar gesagt, daß die Abrüstungsvorschläge der sozialistischen Staaten sehr ernst genommen werden müssen und die Aufrüstung bis in den Weltraum hinein abgelehnt werden muß...“

„Neue Zeit“ vom 5. 11. 1985

Rege kirchliche Bautätigkeit

Aus dem Referat des Ministers für Bauwesen der DDR, Wolfgang Junker, auf der Tagung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU mit Unionsfreunden aus dem Bauwesen am 19. Dezember 1985

Die DDR hat allein in den Jahren 1971 bis heute für denkmalpflegerische Leistungen runde sieben Milliarden Mark aufgebracht. Und wenn man aufmerksam durch unser Land fährt, dann sieht man viele erhaltene, teils in neuem Glanz erstrahlende Baudenkmale, darunter viele Kirchen...

In diesem Zusammenhang seien auch die erheblichen Baukapazitäten erwähnt, die zur Erhaltung, Rekonstruktion und für den Neubau konfessioneller Einrichtungen bereitgestellt wurden. Allein 1983 und 1984 wurden insgesamt 56 neuerrichtete Gemeindezentren, Kirchen, Pflegeheime und Pfarrhäuser übergeben, z. B. Gemeindezentren in Berlin wie Friedrichsfelde und Fennpfuhl, in Rostock-Evershagen oder im Wohngebiet Großer Dreesch-Schwerin, das katholische Krankenhaus in Erfurt, die evangelische Akademie Meißen. Dazu kommen in diesem Jahr solche Bauten wie das Haus für Sehgeschädigte in Fürstenwalde und der Tempel der Religionsgemeinschaft der Mormonen in Freiberg.

„Neue Zeit“ vom 21. 12. 1985

Hervorragende Leistungen christlicher Bürger

Aus dem Glückwunsch des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, an Dr. Leich zu dessen Wahl zum Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen (Februar 1986)

In unserem Lande haben sich die Beziehungen der evangelischen Kirchen zum Staat in den vergangenen Jahren auf bewährter Grundlage weiter positiv und konstruktiv entwickelt. Die Bürger christlichen Glaubens bekunden durch hervorragende Leistungen die Verbundenheit mit der Deutschen Demokratischen Republik. Mit ihrer fleißigen, schöpferischen Arbeit leisten sie einen wichtigen Beitrag zum weiteren Gedeihen unseres Landes und seiner auf Frieden und Verständigung und das Wohl des Volkes gerichteten Politik. Sie, Herr Landesbischof, haben an dieser Entwicklung großen persönlichen Anteil.

„Neue Zeit“ vom 4. 2. 1986

Gemeinsam für den Schutz des Lebens

Aus der Gratulation Gerald Göttings an Landesbischof Dr. Leich zu dessen Wahl zum Vorsitzenden der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 3. Februar 1986

Sie treten in die Verantwortung dieses Amtes zu einem Zeitpunkt, der durch große weltpolitische Probleme und Entscheidungen, Hoffnungen und Vorschläge geprägt und bewegt wird. Aus Ihren ersten Worten nach der Wahl wurde deutlich, welche Hoffnungen und Verpflichtungen Sie daraus für das Friedenszeugnis der Christen und Kirchen unseres Landes ableiten. Sie dürfen sich darin eins wissen mit allen, denen der Schutz des Lebens als der heiligen Gabe ebenfalls am Herzen liegt.

Zugleich hat sich das Verhältnis der evangelischen Kirchen zu Staat und Gesellschaft der DDR weiter konstruktiv, stabil und in zunehmendem Maße vertrauensvoll gestaltet. Mit Wort und Tat nehmen die Kirchen und ihre Glieder teil an den Bemühungen um die Erhaltung des Friedens, um Abrüstung, um Solidarität mit den Notleidenden in der Welt und um das Wohlergehen aller Bürger unseres Landes. Sie erfahren darin gesellschaftliche Wertschätzung und die feste Bereitschaft zum Miteinander im Geiste gleicher Verpflichtung, gleicher Rechte und gegenseitiger Achtung.

„Neue Zeit“ vom 4. 2. 1986

Für das ewige Heil und das gegenwärtige Wohlergehen der Menschen

Aus dem Dankschreiben von Landesbischof Dr. Leich an Gerald Götting für dessen Glückwünsche zu seiner Wahl zum Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR

Der Auftrag, der unserer Kirche gegeben ist, soll dem ewigen Heil und dem gegenwärtigen Wohlergehen der Menschen dienen. Darum tritt der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR auch für die grundlegenden Voraussetzungen ein, von denen alles Lebensglück abhängt: für die Bewahrung des Friedens durch einen Abbau des Wettrüstens auf der Erde und die Verhinderung des Wettrüstens im Weltall, für die Erhaltung der Lebensbedingungen auf der Erde in der Verantwortung vor unseren Kindern und Enkeln und für Gerechtigkeit unter den Völkern der Erde in Verantwortung gegenüber denen, die in Not und Elend leben.

„Neue Zeit“ vom 20. 2. 1986

Engagierte Mitarbeit der Glieder der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden

Gerald Götting empfing die Leitung des Bundes der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden in der DDR

Zu einem Gespräch empfing der Vorsitzende der CDU, Gerald Götting, am Mittwoch (5. 2. 1986) die Leitung des Bundes der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden in der DDR. Im Mittelpunkt stand die Notwendigkeit, alles zu tun, um den Frieden in Europa wie überall in der Welt zu bewahren und zu festigen.

Gerald Götting erläuterte in diesem Zusammenhang die konsequente Friedenspolitik der DDR... Das oberste Bestreben unserer Staatsführung gelte der Schaffung einer weltweiten Koalition der Vernunft und des Realismus, einem vorbehaltlosen Zusammenwirken aller Kräfte des Friedens und der Verständigung ungeachtet ihrer sozialen Herkunft, ihrer weltanschaulichen Überzeugung oder ihres religiösen Bekenntnisses.

Der CDU-Vorsitzende würdigte, daß die Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden in unserem Lande eine der vordringlichsten Aufgaben darin erblicken, den Frieden bewahren zu helfen. „Die Übereinstimmung in dieser entscheidenden Frage unserer Zeit bildet eine gute Grundlage dafür, unser konstruktives und vertrauensvolles Verhältnis in der gesellschaftlichen Praxis weiter auszubauen“, betonte Gerald Götting...

Präsident Manfred Sult dankte Gerald Götting und äußerte seine Befriedigung über die sich nach dem Genfer Gipfel abzeichnende Möglichkeit einer Wende zum Besseren. „Der abgestufte Plan zu umfassender Abrüstung, wie er unlängst vom Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Michail Gorbatschow, vorgeschlagen wurde, eröffnet hoffnungsvolle Perspektiven für das Leben in unserer Welt...“

Der Generalsekretär des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR, Rolf Dammann, informierte über Verlauf und Ergebnisse des 15. Baptistischen Weltkongresses in Los Angeles. Er sei bestimmt gewesen von dem nachdrücklichen Wunsch nach weltweitem Frieden. Entschieden hätten die Delegierten alle Rüstungsanstrengungen im konventionellen, atomaren und kosmischen Bereich verurteilt, sich für die Zusammenarbeit unter allen Völkern sowie für die Überwindung des Rassismus und der Apartheid eingesetzt. Sie verliehen ihrer Solidarität mit allen Menschen Ausdruck, die für ein versöhntes und freies Südafrika leiden und kämpfen.

„Neue Zeit“ vom 6. 2. 1986

Eine neue Ebene der Beziehungen zwischen Staat und Kirche

Aus einem Vortrag von Bischof i. R. D. Dr. Albrecht Schönherr auf einer Veranstaltung der CDU am 10. Februar 1986

Das Siegel auf diese Entwicklung zu einem konstruktiven Verhältnis zwischen Staat und Kirche war der Empfang des Vorstandes der Konferenz der Kirchenleitungen durch den Staatsratsvorsitzenden am 6. März 1978. Die Begegnung war von beiden Seiten gewünscht worden. Von kirchlicher Seite bestand ein Interesse daran, einige wichtige Fragen zwischen Staat und Kirche, die auf höchster Ebene entschieden werden mußten, zur Entscheidung zu bringen. Wir Kirchenleute waren freudig überrascht, daß die Ausführungen des Staatsratsvorsitzenden sich nicht nur auf solche Fragen wie Seelsorge im Strafvollzug und in Alters- und Pflegeheimen, kirchliche Sendungen in Rundfunk und Fernsehen, Einbeziehung der Pfarrer in das staatliche Rentenwesen, gleichberechtigte Behandlung von kirchlicher Landwirtschaft usw. beschränkten.

Von größter Bedeutsamkeit war, daß der höchste Repräsentant unseres Staates die verfassungsmäßig festgelegte Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Bürger als eine Norm bekräftigte, „welche die zwischenmenschlichen Beziehungen prägt und für alle verbindlich ist“. Und von den Kirchen sagte er: „Den Kirchen als Kirchen im Sozialismus eröffnen sich heute und künftig viele Möglichkeiten des Mitwirkens an diesen zutiefst humanistischen Zielen.“ Als solche Ziele hatte er genannt, „daß die Menschen unseres Landes in Frieden leben können und ihnen die Früchte ihres Fleißes sowohl in materieller als auch in kultureller Hinsicht zugute kommen“.

Wir kirchlichen Gesprächspartner haben die Atmosphäre dieser Begegnung als menschlich wohltuend und die Haltung unseres hohen Gastgebers als sehr großzügig empfunden. Alle fünf Mitglieder des Vorstandes kamen zu Wort. Der Vorsitzende ging spontan und konkret auf diese Beiträge ein. Es hat uns besonders befriedigt, daß er uns einlud, auch unsere Wünsche für die Presseverlautbarung kundzugeben. Wir baten um Aufnahme einiger Sätze aus unserer Erwiderung auf die Rede des Vorsitzenden des Staatsrates. Besonders wichtig war uns diese Passage: „Offenheit und Durchsichtigkeit sind das Barometer des Vertrauens. Das Verhältnis von Staat und Kirche ist so gut, wie es der einzelne christliche Bürger in seiner gesellschaftlichen Situation vor Ort erfährt.“

Erich Honecker nannte diese Begegnung des 6. März „Krönung und neuer Anfang“. „Krönung“ wohl in dem Sinne, daß

damit von Staat und führender Partei der Weg zu einem sinnvollen und konstruktiven Zueinander ausdrücklich gewollt und als dauerhaft gekennzeichnet werden sollte. Es handelt sich also nicht, wie in der Öffentlichkeit gelegentlich kommentiert, um einen spektakulären Umschlag der Beziehungen, aber eben auch nicht um eine Eintagsfliege, wie man manchmal in etwas frühzeitig frohlockenden westlichen Gazetten lesen konnte, sondern es ging um eine Ratifizierung der schon in Gang befindlichen Entwicklung.

„Neuer Anfang“ heißt dann: Es ist nun eine neue Ebene der Beziehungen zwischen Staat und Kirche erreicht, auf der der künftige Weg weitergehen kann. Es handelt sich nicht um einen formellen Vertragsabschluß, geschweige denn um so etwas wie ein Konkordat, aber auch nicht nur um eine Absichtserklärung. Erich Honecker legte die Grundlagen und Leitlinien der Kirchenpolitik der Regierung dar. Es geht um einen Prozeß, der in Gang ist und im Sinne des 6. März in Gang bleiben soll, und nicht um einen Vertrag, in dem die Belange von Staat und Kirche statisch festgelegt werden...

Trennung von Staat und Kirche bedeutet dann nicht ein kaltes, widerwilliges Miteinanderauskommenmüssen, sondern schließt die „Eigenständigkeit“ der Kirche ein. Es bedarf keines christlichen Glaubens, um zu verstehen, daß genuiner christlicher Glaube und authentische christliche Kirche nicht Instrument in der Hand des Klassengegners sein können und nicht zur Verdummung der Menschen da sind. Die Kirche bemüht sich zu erweisen, daß sie als „Eigentum“ ihres Herrn (siehe These 3 der Barmer Theologischen Erklärung) ihm bei seinem Dienst am Heil und der Heilung der Menschen und der Welt nachfolgt. Dafür steht die Formulierung von Eisenach 1971 „Zeugnis- und Dienstgemeinschaft“.

Das ist der Grund – und nicht das Bestreben, überall mitzureden und ihre Hände überall im Spiel zu haben –, aus dem sie sich um lebenswichtige Probleme der Gesellschaft kümmert... So ist mit dem auch von staatlicher Seite gebrauchten Wort „Eigenständigkeit“ zuerst anerkannt, daß die Kirche wie alle Christen ihr Leben von einer Quelle herleitet, die sich nicht mit politischen oder gesellschaftlichen Kategorien bestimmen läßt. Wohl aber hat dieser Begriff auch seine politische wichtige Seite. Der Staat verzichtet grundsätzlich darauf, in das kirchliche Geschehen einzugreifen...

Kirche im Sozialismus stellt sich dem Auftrag, gemeinsam mit den anderen Bürgern die Vergangenheit zu bewältigen und in ihrem Teil mit dafür zu sorgen, „daß“, um mit Bonhoeffer zu reden, „eine kommende Generation leben kann“. Kirche „im“ Sozialismus kann nicht eines Tages ausgewech-

selt werden durch Kirche „für“ den Sozialismus. Nach Barmer kann die Kirche als Kirche keine Staatsform oder Gestaltung der Gesellschaft als die dem Evangelium entsprechende erklären oder sich gar zu ihr „bekennen“, weder zu einer parlamentarischen Demokratie noch zum Sozialismus. Das hindert natürlich nicht, daß sich der einzelne Christ als verantwortlicher Staatsbürger für das eine oder das andere entscheiden kann. Endlich ist mit der Formel „Kirche im Sozialismus“ natürlich gegeben, daß die Kirche damit die bestehenden Machtverhältnisse anerkennt als den Raum, auf dem sich ihr Glaubensgehorsam zu verwirklichen hat...

Der 6. März 1978 hat ein weites Feld eröffnet. Wir alle können nur befriedigt davon sein, daß genau vor einem Jahr, am 11. Februar 1985, der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker und Landesbischof Dr. Hempel, der damalige Vorsitzende des Vorstandes des Kirchenbundes, dies erneut bekräftigt und auf dem Wege ein paar Schritte weiter getan haben. Ich möchte so kühn sein, zu behaupten, daß das, was hier in unserem Raum DDR geschieht, in dem wir beide, Staat und Kirche, leben, mit deren Menschen wir es beide zu tun haben, mit dazu helfen kann, daß gegenseitiges Verständnis und dauerhafter Frieden auch auf dem großen Feld der Weltpolitik gelingt.

Albrecht Schönherr, Zum Weg der evangelischen Kirchen in der DDR, Union Verlag Berlin 1986

Die sozialistische DDR – Standort des Wirkens der Kirche

Aus einem Interview von Landesbischof Dr. Werner Leich mit der Thüringer Kirchenzeitung „Glaube und Heimat“

Zur Frage nach der weiteren Zusammenarbeit von Staat und Kirche erklärte der Konferenzvorsitzende: „Ich wünsche sie mir als eine konsequente Fortsetzung dessen, was durch den Bund der Evangelischen Kirchen, durch die KKK und deren Vorstand und insbesondere durch meine Vorgänger Bischof Dr. Schönherr, Bischof Dr. Krusche und Bischof Dr. Hempel begonnen worden ist. Das bedeutet für mich, daß der Standort unserer Kirche, der mit dem oft mißverständlich gebrauchten Wort ‚Kirche im Sozialismus‘ plakatarartig beschrieben ist, weiter klar bezogen wird. Das heißt: Wir haben ja dazu gesagt, daß wir als Kirche Jesu Christi, allein abhängig von Auftrag und Verheißung unseres Herrn, an dem Ort unseren Auftrag ausrichten, an den uns Gott gestellt hat. Und das ist die DDR mit ihrer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Diese Standortbeschreibung markiert, daß der Auftrag

der Kirche nicht ohne Spannungen ausgeübt werden wird. Das ist auch in der Vergangenheit so gewesen. Das Verhältnis von Staat und Kirche muß in dieser Situation von gegenseitiger Achtung bestimmt sein, von sachlicher Offenheit und von Gesprächsbereitschaft. Wir haben als Kirche einerseits das Wirken der staatlichen Vertreter für das Wohl der Bürger ernstzunehmen. Andererseits ist es auch unsere Aufgabe, für alle Menschen da zu sein, die – aus welchen Gründen auch immer – in Schwierigkeiten geraten.“

ena 39/Nr. 7 vom 13. 2. 1986

Siebenten-Tags-Adventisten für eine Welt des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit

Gerald Götting empfing Leitung der Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten in der DDR

Zu einem Gespräch empfing der Vorsitzende der CDU, Gerald Götting, am Montag (26. 5. 1986) die Leitung der Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten in der DDR unter Leitung ihres Präsidenten, Lothar Reiche. Im Mittelpunkt des Meinungsaustausches standen die Fragen der Erhaltung des Friedens und der politischen Entspannung sowie der Beitrag von Christen zur Überwindung von Hunger und sozialem Elend in vielen Teilen der Welt.

Der Vorsitzende der CDU wies auf die breite Volkswirtschaft hin, die durch den Wahlaufbruch des Nationalrates der Nationalen Front der DDR ausgelöst wurde. Darin komme die Gemeinsamkeit aller Bürger, von Christen und Nichtchristen, als eines der bemerkenswertesten Ergebnisse jenes großen politischen und geistigen Wandels zum Ausdruck, in dessen Verlauf die Menschen unseres Landes sich seit der Befreiung vom Faschismus verändert haben. Alle Bürger unseres Staates ungeachtet ihrer Weltanschauung und ihres religiösen Bekenntnisses erachteten es als vorrangige Aufgabe, den Frieden zu erhalten...

Präsident Lothar Reiche erläuterte den Beitrag der Siebenten-Tags-Adventisten in der DDR zum Ringen um eine Welt in Frieden und sozialer Gerechtigkeit als Teil der umfangreichen Aktivitäten der weltweiten Gemeinschaft... „In einer Welt militärischer Konflikte möchten die Siebenten-Tags-Adventisten als Friedensstifter wirken“, führte Lothar Reiche weiter aus.

Die geistigen und politischen Impulse zu solchem Handeln,

erklärten die adventistischen Gesprächspartner, gingen von den Gemeinden aus, deren Glieder ihre Erfahrungen aus gesellschaftlichem Handeln als bewußte Staatsbürger der DDR in Zeugnis und Dienst der Gemeinschaft einbringen; sie erhielten aber auch wichtige Anregungen durch die Weltkonferenzen der Gemeinschaft, über deren jüngste die Gesprächspartner ausführlich berichteten.

„Neue Zeit“ vom 27. 5. 1986

Alle Gedanken auf die Sicherung des Friedens konzentrieren!

Aus der Presseveröffentlichung über ein Gespräch des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit Angehörigen einer Delegation der Friedensbewegung der DDR anlässlich der Übergabe des Friedensreports „Die Deutsche Demokratische Republik im Internationalen Jahr des Friedens“ am 1. September 1986

Präses Dr. Rainer Gaebler betonte, in dem Moment, wo wir vor der Gefahr der immer stärker werdenden nuklearen Rüstung stehen, sei auch eine neue Denkweise notwendig. Die Synoden der Kirche hätten darüber nachgedacht, was vom Standpunkt des Evangeliums dazu zu sagen sei. Wir begrüßen, das möchte ich ausdrücklich sagen, besonders die Vorschläge, die in diesem Jahr von der Sowjetunion gemacht worden sind zur vollständigen atomaren Abrüstung bis zum Jahre 2000, und die Fortführung des Moratoriums. Mit Genugtuung sehe die Kirche die Kopplung von Innen- und Außenpolitik, die auch der Schlußakte von Helsinki entspreche.

Erich Honecker dankte dem Präses. Erfreulich sei es, daß auch die evangelische Kirche eine große Aktivität für den Frieden entfaltet. Die außerordentliche Gefahr für die Existenz der Menschheit, die von der nuklearen Hochrüstung ausgeht, verpflichte geradezu, alles Trennende zurückzustellen und alle Gedanken auf die Sicherung des Friedens zu konzentrieren. Das seien die heute Lebenden den kommenden Generationen, ihren Kindern und Kindeskindern, schuldig. Alles andere könne im Frieden einer Lösung zugeführt werden. Heute gehe es um Sein oder Nichtsein.

Ein Friedensreport – Die DDR im Internationalen Jahr des Friedens; Herausgeber: Friedensrat der DDR, Verlag Zeit im Bild Dresden 1986

40 Jahre kirchliche Morgenfeiern im Rundfunk

Anlässlich des 40jährigen Jubiläums der kirchlichen Morgenfeiern im Rundfunk wertete bei einer festlichen Begegnung des DDR-Kirchenbundes am 15. September 1986 der Vorsitzende der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Werner Leich, diese Sendungen als eine gelungene Partnerschaft zwischen Staat und Kirche. Besonders würdigte er das Engagement von Prof. Dr. Heinz Wagner und des Ressortleiters Ernst Goltzsch. Das dankbare Echo ermutigte dazu, die Form der kirchlichen Morgenfeiern auch in Zukunft in guter Zusammenarbeit fortzusetzen.

Der Vorsitzende des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR, Achim Becker, hob hervor, daß die kirchlichen Morgenfeiern ein durch wachsendes Vertrauen geprägter selbstverständlicher Bestandteil des Rundfunkprogramms sind. Sonntag für Sonntag werde so die Möglichkeit der Freiheit der Religionsausübung dokumentiert. Er wies darauf hin, daß auch in aktuellen Sendungen des staatlichen Rundfunks Christen zu Friedensfragen und ökumenischen Ereignissen zu Wort kämen.

„Standpunkt“ Nr. 10/1986

Engagement reformierter Christen für das gesellschaftliche Ganze

Gerald Götting empfing die Leitung des Reformierten Generalkonvents in der DDR

Zu einem Gespräch empfing der Vorsitzende der CDU, Gerald Götting, (am 14. 11. 1986) die Leitung des Reformierten Generalkonvents in der DDR. Zugegen waren Pfarrer Horst Greulich, Vorsitzender des Reformierten Generalkonvents, Pfarrer Ulrich Barniske, Präses des Deutsch-Reformierten Kirchenkreises Berlin-Brandenburg, Pfarrer Hans-Jürgen Sievers, Vorsitzender des Kirchenbundes Evangelisch-Reformierter Gemeinden in der DDR, und Pfarrer Hartmut Grüber, Mitglied des Rates der EKU – Bereich DDR.

Im Mittelpunkt des Meinungsaustausches standen Fragen des Beitrags von Christen zur Schaffung einer Welt in Frieden und sozialer Gerechtigkeit.

Die Mitglieder der Leitung des Reformierten Generalkonvents betonten die Übereinstimmung der Reformierten Gemeinden in der DDR mit den Aktivitäten des Reformierten

Weltbundes im Blick auf einen Bund für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Sie informierten über den Verlauf und die grundlegenden Ergebnisse der Tagung des Exekutiv Ausschusses des RWB, die vom 13. bis 19. Oktober 1986 in Buckow bei Berlin stattfand. Dort seien wichtige Entscheidungen zur Vorbereitung der nächsten Vollversammlung des Reformierten Weltbundes getroffen worden...

Die Gespräche und Begegnungen zwischen leitenden Vertretern des RWB und Repräsentanten des gesellschaftlichen Lebens in der DDR haben, so führte Pfarrer Horst Greulich aus, den ausländischen Gästen ein beeindruckendes Bild davon vermittelt, wie Christen an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft teilhaben. Es sei und bleibe ein Grundanliegen der reformierten Christen in der DDR, sich für das gesellschaftliche Ganze in unserem sozialistischen Staat zu engagieren und verantwortungsbewußt für das Wohl aller mitzuarbeiten.

Der Parteivorsitzende würdigte das vertrauensvolle Zusammenwirken der Leitung der Reformierten Gemeinden in der DDR und der CDU. Die Übereinstimmung in grundlegenden Schlußfolgerungen aus christlicher Ethik bilde eine stabile Grundlage dafür, das bewährte und konstruktive Verhältnis weiter auszubauen.

„Neue Zeit“ vom 15. 11. 1986

Christen haben das Bild unserer Hauptstadt mitgezeichnet

Aus dem Referat Gerald Göttings auf der Konferenz des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU aus Anlaß des 750jährigen Bestehens von Berlin am 6. März 1987

Christen der Vergangenheit hinterließen in Berlin deutliche Spuren ihres Wirkens in Politik und Wirtschaft, in Kunst und Wissenschaft. Sie haben die charakteristische Silhouette unserer Hauptstadt mitgezeichnet – im wörtlichen wie im übertragenen Sinne, in materieller wie in geistig-kultureller Hinsicht.

Um bei der materiellen Silhouette zu beginnen: Die einzigen Bauwerke, die uns aus den ersten vier Jahrhunderten der Stadtgeschichte erhalten blieben, sind – abgesehen von einem Rest der Stadtmauer – bekanntlich Kirchenbauten... Viele dieser einzigartigen Zeugnisse der Berliner Kirchen- und Kulturgeschichte hat der Hitlerkrieg zerstört oder stark in Mitleidenschaft gezogen. Doch eine beträchtliche Anzahl von Kir-

chen wurde nach der Befreiung wiederhergestellt oder neu-gebaut.

Mit vielfältiger staatlicher Hilfe wurden beispielsweise die katholische St. Hedwigskirche, die Französische Friedrichstadtkirche, die Lichtenberger Dorfkirche aus Trümmern wiedererrichtet. Die Parochialkirche in der Klosterstraße, die katholische Michaelskirche im Heinrich-Heine-Viertel und die Schloßkirche in Buch wurden – wenn auch in vereinfachter Form – wieder aufgebaut. Zum diesjährigen Berliner Stadtjubiläum werden die Arbeiten an der Nikolaikirche, der Friedrichswerderschen Kirche und am Französischen Dom zu Ende geführt, während am Berliner Dom und am Deutschen Dom in den nächsten Jahren noch weitergebaut wird. Vorbereitet wird der Wiederaufbau der Synagoge in der Oranienburger Straße.

Denkmalpflegerisch restauriert wurden in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten unter anderem die Marienkirche und die Heiliggeistkapelle, die Sophienkirche und die Köpenicker Schloßkapelle. Staatliche Hilfe wurde auch für jene Arbeiten gewährt, mit denen die alten Dorfkirchen in Blankenburg und Blankenfelde, in Hohenschönhausen und Karow, in Stralau und Schmöckwitz – um nur einige Beispiele zu nennen – oder die historischen Pfarrhäuser der Dreifaltigkeitskirche wiederaufgebaut oder erneuert wurden. Seit langem arbeiten also unsere staatlichen Organe und das kirchliche Bauwesen in Berlin wie in der gesamten Republik vertrauensvoll und ergebnisreich Hand in Hand – zur Freude der Gemeindeglieder, zum Nutzen der ganzen Stadt und ihrer Gäste...

Indem die CDU christliche Bürger dafür gewinnt, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für den Frieden und für das Wohlergehen ihrer Mitmenschen gerecht zu werden, ist sie daran beteiligt, die politisch-moralische Einheit des Volkes zu festigen. Seit jeher haben christliche Demokraten geholfen, in der Hauptstadt wie in der gesamten Republik ein konstruktives, vertrauensvolles Verhältnis der Kirchen zu unserem Staat zu entwickeln und Sachfragen auf diesem Gebiet entsprechend den Bestimmungen der Verfassung und unserer Gesetze zu klären.

Gerald Götting, Berlin, Stadt des Friedens, humanistisches Ziel – demokratische Tradition – sozialistische Realität, herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU (1987)

Gemeinsames Handeln im Sinne christlicher Ethik

Gerald Götting empfing Repräsentanten der Evangelisch-methodistischen Kirche in der DDR

Zu einem vertrauensvollen Gespräch empfing der Vorsitzende der CDU, Gerald Götting, (am 30. April 1987) im Haus des Hauptvorstandes Mitglieder des Kirchenvorstandes der Evangelisch-methodistischen Kirche in der DDR, an ihrer Spitze Bischof Dr. habil. Rüdiger Minor. Im Mittelpunkt des Meinungsaustausches stand die Frage, wie es durch gemeinsames Handeln aller Kräfte guten Willens gelingen kann, die atomare Bedrohung des Lebens abzuwenden und den Frieden auf der Erde zu sichern.

Ausgehend von den langjährigen Traditionen des guten Verhältnisses zwischen der CDU und der Evangelisch-methodistischen Kirche in der DDR, wie es sich in gegenseitiger Teilnahme an zentralen Veranstaltungen der Partei und den jährlichen Konferenzen der EmK ausdrückte und wie es sich in der Mitarbeit vieler Glieder der Kirche in der CDU erweist, erläuterte Gerald Götting Schwerpunkte in der Arbeit der CDU auf dem Weg zu ihrem 16. Parteitag. Er dankte der Evangelisch-methodistischen Kirche in der DDR für die konstruktive Zusammenarbeit.

„Viele Glieder der Evangelisch-methodistischen Kirche tragen an ihrem Arbeitsplatz mit klugen Ideen und vorbildlichen Ergebnissen dazu bei, unseren Staat zu festigen und den Frieden zu bewahren“, führte der Parteivorsitzende aus. „Sie leisten diesen Dienst als Bürger unseres sozialistischen Staates im Bewußtsein der Aufgaben, die sich aus christlicher Ethik ableiten, und in der Gewißheit, damit zugleich das Ringen um gerechte Lebensbedingungen für alle Völker und das Streben nach sorgsamem Umgang mit den Ressourcen der natürlichen Umwelt zu fördern.“

Bischof Dr. Minor informierte über das Grundsatzdokument „In Verteidigung der Schöpfung“, das von den Bischöfen der weltweiten Evangelisch-methodistischen Kirche im vergangenen Jahr verabschiedet wurde. Er verwies darauf, daß sich die EmK in der DDR auf ihrer Jahreskonferenz 1986 ausdrücklich hinter diesen Friedenshirtenbrief gestellt hat, der in Gemeinden und Gruppen studiert werden soll. In diesem Zusammenhang verwies er auf die umfangreichen ökumenischen Aktivitäten der Gemeinden.

Im Sinne des Dokuments stehe die Kirche zu ihrem klaren und bedingungslosen Nein gegen jedweden Einsatz von Atomwaffen, gegen die Ideologie der Abschreckung und gegen die

Ausweitung der Hochtüftung auf den Weltraum. Die Kirchenleitung begrüßte die jüngsten Initiativen der Sowjetunion zur Beseitigung der Atomraketen mittlerer und kürzerer Reichweite auf unserem Kontinent sowie die Vorschläge der DDR-Regierung zur Errichtung eines kernwaffenfreien Korridors und einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

„Neue Zeit“ vom 4. 5. 1987

*Die Auswahl und Zusammenstellung der Materialien nahm Rolf Börner vor. Ihm sind auch die Überschriften zu danken.
[Redaktionsschluß: 15. 5. 1987]*

In der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ erschienen zuletzt:

- 226 Gerald Götting, 40 Jahre CDU — Geschehnisse und Erkenntnisse aus vier Jahrzehnten Parteigeschichte
- 227 Wolfgang Heyl, Für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa — Zehn Jahre Schlußakte der Konferenz von Helsinki
- 228 Burkhard Schneeweiß, Gesunde Kinder — Glück der Eltern und Ziel unserer Gesellschaft. Die gesundheitliche Fürsorge um die heranwachsende Generation
- 229/ Gerhard Fischer, Die Hugenotten in Berlin — Zum 230 750jährigen Bestehen Berlins
- 231 Gerald Götting, 40 Jahre Vereinte Nationen — Bilanz und Ausblick
- 232 Wolfgang Heyl, CDU im Bündnis — Zu einigen Aspekten des Wachstums und der Bedeutung der Bündnispolitik
- 233 Apartheid — unmenschlich und widerchristlich. Eine Erklärung der CDU und das KAIROS-Dokument südafrikanischer Christen
- 234 Manfred Stolpe, Kirche „1985“ und 2000 — Sammlung, Öffnung, Sendung
- 235 Hans Krätzig, Entscheidung für Frieden und Fortschritt — Christliche Demokraten beim Volksentscheid in Sachsen 1946
- 236 Hans-Georg Schöpf, Moderne Wissenschaft und christliche Verantwortung — Spitzentechnologien als ethische Herausforderung
- 237 Frank E. Lippold, Die „bulgarische Spur“ — Das Papst-Attentat und der „Fall Antonow“
- 238 Krieg und Frieden im Atomzeitalter — Botschaft des Heiligen Synod der Russischen Orthodoxen Kirche
- 239 Günter Wirth, Schweitzers tätige Humanität — Eine Analyse seiner Goethe-Studien
- 240 Werner Wünschmann, Aus christlicher Ethik und Tradition — Christliche Künstler in der sozialistischen Gesellschaft
- 241 Wolfgang Heyl, Einklang von Rationalität und Humanität — Zu sozialetischen Aspekten der Volkswirtschaft der DDR
- 242 Carl Ordnung, Verantwortung für Frieden und Wohlfahrt der Völker — Die Aktualität des Darmstädter Wortes von 1947

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB) Berlin